

Winter | Künstliche Intelligenz und Demokratie

[Was bedeutet das alles?]

Dorothea Winter

Künstliche Intelligenz und Demokratie

Reclam

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor. Jegliche unbefugte Nutzung ist ausgeschlossen.

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14787

2026 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

info@reclam.de

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck,

Bergerstraße 3–5, 86720 Nördlingen

Printed in Germany 2026

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-014787-0

reclam.de

Inhalt

1. Warum es eines Weckrufs bedarf 7
 2. Warum die Geschichte der Demokratie wegen
KI neu gelesen werden muss 11
 3. Warum KI unsere Realität – und damit auch
unsere Demokratie – (um)formt 29
 4. Warum der KI-Kapitalismus die Demokratie
schlucken kann 57
 5. Warum KI in einer schönen neuen Welt
zur Herrschaft des Niemand führt 78
 6. Warum die neue Weltordnung zum
KI-Neokolonialismus führt 98
 7. Warum es noch nicht zu spät ist 120
- Anmerkungen 123
- Literaturhinweise 126
- Zur Autorin 133

1. Warum es eines Weckrufs bedarf

»Ich glaube nicht mehr daran, dass Freiheit und Demokratie vereinbar sind.«¹ Wer dieses Zitat Xi oder Putin zuschreibt, liegt daneben – es stammt vom US-amerikanischen Tech-Milliardär Peter Thiel. Der beklagt in seinem 2009 veröffentlichten Essay *The Education of a Libertarian*, dass Demokratie als Herrschaft der Masse das Mittelmaß zur Richtschnur erhebt und deshalb Regelungen schafft, die individuelle Freiheit einschränken. Das trifft laut Thiel vor allem die herausragenden wirtschaftlichen Köpfe, die als innovative Avantgarde wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand für die breite Masse sichern.

Jetzt könnte man fragen, warum die Meinung eines einzelnen Unternehmers zur Zukunft der Demokratie interessieren sollte. Wären hier die Ansichten von Politikwissenschaftler:innen, Staatsphilosoph:innen oder Soziolog:innen nicht relevanter? Die Antwort: Kaum! Denn der Mann hat Ahnung, Ahnung von künstlicher Intelligenz (KI) und deren Potenzial für die Demokratie. Peter Thiel gehört zur sogenannten »Broligarchie«, jener Gruppe schwerreicher Digitalunternehmer, die bereits heute wesentlichen Einfluss auf das politische Geschehen in den USA und damit global haben. Die Tendenz, dass digitale Unternehmen zu Takt-

und Richtungsgebern politischer Entscheidungen aufsteigen, wird sich in absehbarer Zeit durch KI extrem verstärken. Davon handelt dieser Essay: von künstlicher Intelligenz und ihrem Einfluss auf unsere Wirtschaft und damit auf unsere Demokratien.

Unübersehbar wird in wissenschaftlichen Aufsätzen, feuilletonistischen Artikeln oder politischen Gremien landauf, landab vor den Gefahren von KI für die Demokratie gewarnt. Fake News und Deepfakes beeinflussen die öffentliche Meinungsbildung, Empfehlungsalgorithmen und KI-Suchmaschinen lenken das Denken der Nutzenden in bestimmte Richtungen, Gesichtserkennung und Big Data ermöglichen totale Überwachung. So bedrohlich diese Szenarien auch sein mögen, sie greifen nach meinem Dafürhalten zu kurz. Viel zu kurz.

Die eigentliche Gefahr, die von KI für demokratische Systeme ausgeht, reicht viel tiefer, sie gründet im kapitalistischen System selbst. KI trägt zur Aushöhlung des Politischen und damit unserer Demokratie bei und wird unterhalb des Radars der öffentlichen Debatte zum Steigbügelhalter eines neuen Systems, der – wie ich sie zu nennen vorschlage – *postpolitischen Demokratie*. Deshalb ist es erforderlich, sich nicht nur mit den gerade beschriebenen Symptomen zu befassen, sondern die Wurzeln dieses Prozesses freizulegen, den (KI-)Kapitalismus.

Jetzt könnte man an der Stelle einwenden, so übel ist der Kapitalismus nicht, gilt er doch spätestens seit der Industrialisierung als Garant dafür, dass es den Menschen immer besser geht, wofür die »unsichtbare Hand des Marktes« sorgt. Mit diesem erfreulichen Befund hat jedenfalls der schottische Ökonom und Moralphilosoph Adam Smith bereits vor rund 250 Jahren in seinem Werk *Der Wohlstand der Nationen* – der Bibel für ökonomische Theorie, Wirtschaftsethik und marktliberale Politik – jenen Glaubenssatz postuliert, der bis heute unumstößliche Gültigkeit beansprucht: Der Markt regelt das. Und zwar zum Besten aller.²

Aber: Der Markt, von dem Smith ausgegangen ist, hat sich gewandelt, der Technologiekapitalismus stellt einen Paradigmenwechsel dar. Heute prägen Daten, Plattformen und Algorithmen das wirtschaftliche Marktgeschehen und werden zu vorherrschenden Macht- und Wertquellen. In dem Maße, in dem KI-Systeme diesen neuen Markt durchdringen, durchdringen sie auch Gesellschaft, Kultur und Politik.

Damit sind wir dort angelangt, worum es in diesem Essay letztlich geht. Ich glaube, gute Argumente dafür vorbringen zu können, dass in der KI-Ära das ökonomische System der großen Tech-Giganten faktisch die Macht der politischen Parteien usurpiert: Gestaltungsmöglichkeiten, die heute noch bei demokratischen

Regierungen liegen, werden in absehbarer Zeit von Konzernen gekapert. Überspitzt ausgedrückt könnte man gar behaupten, dass eine weitaus größere Gefahr von den KI-Giganten ausgeht als von AfD, Fratelli d'Italia und dem argentinischen Partido Liberal zusammen. Doch wer jetzt hier eine Weltverschwörung wittert, irrt. Diese Entwicklung wird nicht proaktiv von böswilligen Hinterzimmer-Eliten oder machthungrigen Unternehmer:innen angetrieben; sie ist vielmehr durch die systemimmanenten Wirkmechanismen des Wirtschaftssystems selbst bedingt.

Es besteht die Herrschaft des Niemand, wie Hannah Arendt es nannte. KI könnte sich somit als jenes Instrument erweisen, das die Machtverhältnisse zwischen Wirtschaft und Politik umkehrt, sofern wir nicht eher gestern als morgen dieser Entwicklung entschieden entgegentreten. Entsprechend versteht sich der Essay als philosophischer Weckruf vor dieser Gefahr – zur Wahrung unserer Demokratien.

2. Warum die Geschichte der Demokratie wegen KI neu gelesen werden muss

Wann immer sich in der Philosophie einem Thema genähert werden soll, liegt es nahe, mit Definitionen zu beginnen. Im Fall dieses Essays also mit einer Definition dessen, was ich mit Demokratie meine, beziehungsweise mit einem kurzen historischen Abriss der Demokratieformen. Ich möchte den Versuch unternehmen, die Blickrichtung zu ändern, und eine neue Lesart der Demokratiegeschichte vorschlagen.

Spätestens seit Karl Marx gilt das Diktum, dass die ökonomischen die politischen Verhältnisse bedingen. Spannend wird es also, wenn wir uns genauer ansehen, welche ökonomischen Verhältnisse Demokratien möglich gemacht haben.³ Dabei wird sich zeigen, dass, wenn wir heute über Demokratien sprechen, im Grunde drei unterschiedliche politische Demokratiesysteme gemeint sind, die sich diametral entgegenstehen: die *funktionale Demokratie*, die *partikularistische Demokratie* und die *solipsistische Demokratie*.

Diese Unterscheidung der Demokratieformen ist insofern neu, als sie unter einem besonderen Aspekt erfolgt. Hier wird das Augenmerk darauf gelegt, wie sich der Einzelne, das Individuum, zur bestehenden Demokratie stellt. Die Einstellung wird wesentlich durch die

jeweils herrschenden ökonomischen – vor allem kapitalistischen – Wirtschaftsformen geprägt und heute durch KI-Systeme einschneidend verändert: Der KI-Kapitalismus mündet in der KI-Demokratie, so die These.

Begeben wir uns an jenen Ort, an dem alles begonnen hat: das antike Athen. Die Athener dürfen in Volksversammlungen an öffentlicher Beratschlagung teilhaben, in direkter Demokratie ihre Vertreter wählen und qua Scherbengericht verhindern, dass Einzelpersonen zu mächtig werden. Deshalb wird heute immer dann, wenn Beispiele idealer Demokratien angeführt werden, die attische Demokratie als Mutter aller Demokratien zuvörderst genannt.

Bei Licht besehen hat diese Mutter jedoch reichlich Stiefkinder. Den größeren Teil der Bevölkerung hat sie übergangen, wählen darf nur, wer über Geld und Status verfügt, d. h. *freie* Männer, dagegen werden Frauen, Sklaven und Nicht-Bürger von politischer Teilhabe ausgeschlossen. Dieser Ausschluss hat vor allem ökonomische Gründe, denn die Ausgeschlossenen sind rechtlos, weil mittellos. Politische Teilhabe ist an die ökonomische Stellung im Stadtstaat gebunden. Athens Wirtschaft stützt sich im Kern auf Landwirtschaft, Sklavenarbeit und Handel. Tragend sind Kleinbauern und Handwerker, die wesentlichen Energiequellen

menschliche und tierische Muskelkraft. So weit, so klar: Die ökonomischen Voraussetzungen bedingen die Möglichkeit der politischen Partizipation.

Was vermutlich nicht ganz so klar ist, ist, dass die attische Demokratie sich grundsätzlich von unserer heutigen unterscheidet, und das nicht zuletzt durch das ihr zugrunde liegende Menschenbild. Die Vorstellung nämlich, dass sich ein Individuum im Staat freiheitlich entfaltet, ist der hellenistischen Welt fremd. Diese Welt ist durch eine göttliche Ordnung strukturiert, der einzelne Bürger ist Bestandteil dieser Ordnung und sein politisches Handeln *funktional*: Jeder Bürger stimmt demokratisch, also mehrheitlich dafür oder dagegen, etwa ob bestimmte Personen ein Amt bekleiden sollen, ob Steuern erhoben werden oder Krieg geführt werden soll. Alle diese Entscheidungen wirken unmittelbar auf den Entscheider zurück. Ein schlechter Beamter kann dem eigenen Schusterladen schaden, zu hohe Steuern können ihn in die Armut treiben, und die Entscheidung für Krieg kann seinen Tod auf dem Schlachtfeld bedeuten. Deshalb ist es sinnvoll, die attische Demokratie als *funktionale Demokratie* zu bezeichnen, weil sich der Bürger als Funktionalbestandteil der Polis begreift und mit dem Staatswesen identifiziert. Die Quintessenz lautet kurz: Die ökonomischen Verhältnisse der Sklavenhaltergesell-

schaften haben zwar Demokratien hervorgebracht – allerdings lediglich *funktionale* Demokratieformen.

Wenn Spätantike und Mittelalter in diesem kurzen Exkurs der Demokratiegeschichte übergangen werden und von der Antike direkt in die Neuzeit übergeleitet wird, dann aus gutem Grund: In diesen demokratiefinsteren Jahrhunderten lassen sich demokratische Formen bestenfalls und rudimentär hinter Klostermauern ausmachen.

Gehen wir daher zur Neuzeit über. Durch die Industrialisierung entsteht eine neue Gesellschaftsschicht, das Proletariat. Im Zusammenwirken mit dem Gedankengut der Aufklärung führt das dazu, dass im ausgehenden 18. Jahrhundert eine neue Demokratieform die Weltbühne betritt: die *partikularistische Demokratie*. Ihre wirkmächtige Parole »Égalité, Liberté, Fraternité« hat die politisch-demokratische Landkarte verändert.

»Partikularistisch« bezeichnet in der Politikwissenschaft eine Haltung, die die Interessen einer Gruppe (eines Partikulars) über die Interessen der Gesamtheit (also des Staates) stellt. So setzt etwa während der Französischen Revolution das städtische Bürgertum durch, dass feudale Privilegien – die nicht zuletzt den eigenen Geldbeutel belasten – abgeschafft werden. Damit gewinnt es wirtschaftliche und politische Handlungsspielräume, die seinen eigenen Vorstellungen von

wirtschaftlicher Handlungsfreiheit und politischer Partizipation Rechnung tragen. Partikularistisch sind diese Bestrebungen, weil sie die Interessen einzelner Gruppen über das staatliche Gesamtwohl setzen.

Ein grundlegender Unterschied moderner – eben partikularistischer – Demokratien gegenüber der funktionalen attischen Demokratie besteht somit darin, dass die alten Griechen sich selbst als Bestandteil ihrer Polis, also ihres Staates, begriffen haben, während sich die Zeitgenossen der Frühen Neuzeit spätestens seit Thomas Hobbes als Subjekte einem übermächtigen Staat entgegenstellen und als Gruppe auf die Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen pochen.⁴

Der Staatsphilosoph Hobbes begreift Politik daher vom einzelnen Menschen aus, der im Naturzustand ohne gemeinsame Regeln in Angst vor Gewalt und Unsicherheit lebt. Um diesem Zustand zu entkommen, schließen die Menschen einen Vertrag und übertragen ihre Macht auf eine zentrale Autorität, den Staat, den Hobbes »Leviathan« nennt. Diese Autorität soll Frieden sichern und Streit schlichten. Der Mensch ist damit nicht mehr funktionaler Teil einer Gemeinschaft wie in der Polis, sondern eigenständiges Subjekt, das sich staatlicher Macht nur insoweit unterordnet, als ihm das Vorteile verspricht (etwa körperliche Unversehrtheit, Schutz des Eigentums etc.). Um diese Vorteile besser

durchsetzen zu können, schließen sich Einzelpersonen mit anderen Personen zusammen, die die gleichen Interessen haben – es entstehen Partikulare.

Die *partikularistische Demokratie* besteht also letztlich aus Interessengruppen, die innerhalb des Staates eigene Interessen gegenüber anderen Gruppen durchsetzen wollen. Das führt einerseits zu heute selbstverständlich gewordenen Konstituten, etwa dem Primat der Volkssouveränität, der Gewaltenteilung und dem Repräsentationsprinzip; andererseits aber auch zu einer Spaltung der Bürgerschaft nach unterschiedlichen Interessen. Diese Entwicklung lässt sich beispielhaft an der Auseinandersetzung zwischen Manufakturunternehmen und Handwerkern aufzeigen. Während die Inhaber von Manufakturen die Förderung des technischen Ausbaus ihrer Betriebe als politisches Ziel ansehen, befördert dieser technische Fortschritt das Aussterben des Handwerks, weil die effiziente Produktionsweise der Manufakturen die Konkurrenzfähigkeit handwerklicher Herstellungsform zerstört – wogegen sich die Handwerker politisch zur Wehr setzen.

In dieser Zeit führen Eigentumsfragen, Steuerpolitik und die Forderung nach ökonomischer Freiheit dazu, dass der Ruf nach politischer Teilhabe vom Bürgertum auch auf Arbeiterschaft, Handwerk und Bauerntum übergeht. Die Folge: Die englische *Bill of Rights*

1689 entsteht genau in diesem Kontext einer zunehmend kapitalistisch geprägten Ökonomie, in der das Parlament die wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums gegenüber der Krone absichert. Auch die *Amerikanische Revolution* 1776 und die *Französische Revolution* 1789 verknüpfen den Ruf nach Markt- und Handelsfreiheit mit jenem nach politischer Freiheit, also demokratischen Prinzipien.

An dieser Stelle ist die Erfindung der Dampfmaschine besonders hervorzuheben. Stellt sie doch einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten dar. Da nun nicht länger die Muskelkraft von Tier und Mensch den Motor der Wirtschaft ausmachen, verändert sich grundlegend die Art und Weise, wie Waren produziert, transportiert und distribuiert werden. In wenigen Jahren führen die mit Dampfmaschinen betriebenen Fabriken zu einer Proletarisierung, also der Herausbildung einer neuen Schicht, der Arbeiterschaft.

Weil diese Arbeiterschaft noch größtenteils rechtlos den Fabrikbesitzern gegenübersteht und extrem ausgebeutet wird, wird diese Zeit als »Manchester-Kapitalismus« bezeichnet. Der Begriff leitet sich von den Arbeitsverhältnissen der Textilarbeiter in Manchester im 19. Jahrhundert ab und steht als Symbol für den frühen, ungezügelten Industriekapitalismus. Dieser frühe in-

dustrielle Liberalismus, der auf einen freien Markt setzt und zu starkem Wachstum führt, bewirkt zugleich harte soziale Ungleichheiten, die zur Herausbildung des Industrieproletariats führen.

Und damit sind wir schon in der Gegenwart angekommen und bei den westlichen Gesellschaften im 20. Jahrhundert. In diesen hat sich eine Demokratieform etabliert, die deren politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Alltag prägt; ich bezeichne sie als *solipsistische Demokratie*.

»Solipsismus« ist ein aus der analytischen Philosophie des Geistes entlehnter Begriff, der dort die These beschreibt, dass nur das eigene Ich und mein Bewusstsein wirklich existieren, während die Außenwelt und andere Menschen bloß Vorstellungen oder Träume des eigenen Geistes sind. In die politische Theorie übertragen, bezeichnet Solipsismus einen individualistischen Ansatz, der die Orientierung am Selbst zur Handlungsmaxime des Individuums im politischen Alltag erhebt.

Wie sieht es aus, wenn diese Orientierung am Selbst in die demokratische Praxis übertragen wird? Wenn ich beispielsweise wähle, dann suche ich mir aus dem angebotenen Parteienspektrum diejenige Partei aus, die am ehesten meinen Werten entspricht und von der ich mir den größten persönlichen Vorteil verspreche. So

wählen etwa Katzenfreund:innen die Tierschutzpartei, Senior:innen die Grauen Panther und Kleingärtner:innen die Gartenpartei. Zugespitzt formuliert bedeutet das, dass die Antwort auf das politische *Cui bono?*, »Wem nützt es?«, nicht länger »dem Staat« lautet, sondern in die Gegenfrage mündet: *Quid mihi prodest?*, »Was nützt es mir?«.

Doch wie kommt es, dass aus den partikularistischen Demokratien um die Jahrtausendwende diese *solipsistischen Demokratien* entstanden sind? Auch hier liegt die Antwort im Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Durch den Einfluss der Arbeiterparteien hat sich der Kapitalismus gewandelt. Aus Manchester-Kapitalismus ist soziale Marktwirtschaft geworden, eine historisch gewachsene Kompromissform, die auf der Einsicht beruht, dass kapitalistische Produktionsweisen einerseits Wohlstand und Innovationsdynamik erzeugen, diese andererseits jedoch politisch reguliert werden müssen, um demokratische Stabilität zu sichern. Der Markt organisiert Arbeit und Produktion von Gütern, während der Staat demokratisch korrigierend in die Güterverteilung eingreift. Damit federt der Staat soziale Härten ab, ermöglicht Chancengleichheit und begrenzt strukturelle Machtasymmetrien. Dinge wie Krankenversicherung, Rente und Elternzeit sind Errungenschaften, die die Arbeitnehmer den Arbeit-

gebern abgetrotzt und als politische Vorgaben dem Staat ins Hausaufgabenbuch geschrieben haben.

Die Demokratie als Staatsform wird damit zum politischen Ordnungsrahmen des Kapitalismus. Staatliche Institutionen übersetzen gesellschaftliche Interessen in verbindliche Regeln, während ökonomische Leistungsfähigkeit die materielle Grundlage politischer Partizipation bereitstellt. Der gegenwärtige Status westlicher Demokratien ist damit durch das Spannungsverhältnis gekennzeichnet, wie viel soziale Einbettung der Kapitalismus benötigt, um demokratisch tragfähig zu bleiben, ohne jedoch seine Produktivkraft zu verlieren.

Spätestens seit der Jahrtausendwende sind allerdings ökonomische und soziale Veränderungen eingetreten, die die partikularistische Demokratie *peu à peu* in ihrer Wirkweise untergraben haben. Auf der Seite der Wirtschaft sind es primär vier Gründe, die dazu geführt haben, dass eine größere Zahl an Menschen heute finanziell schlechter gestellt ist.

An erster Stelle sind die Folgen der zunehmenden Automation und Effizienzsteigerungen – Stichwort: Industrie 4.0 – zu nennen, die zu einem Abbau von Arbeitsplätzen geführt haben. Betroffen davon sind in den 2000er Jahren vor allem »Wenigerqualifizierte«, durch den Einsatz von KI-Systemen zwischenzeitlich aber auch Besserqualifizierte und Akademiker:innen in

lange als »sicher« geltenden Branchen. Wo früher fünf Arbeiter:innen am Band standen, montiert heute ein Industrieroboter Autotüren; wo früher mehrere Entwickler:innen im Team die Codes für eine bestimmte Software »händisch« programmiert haben, braucht es heute nur noch einen Softwareentwickler, der mithilfe von KI-Systemen diese Arbeit allein stemmt.

An zweiter Stelle steht der globalisierte Markt. Durch die billigeren Lohnkosten in Ländern des Globalen Südens werden in die westlichen Demokratien importierte Produkte zu Preisen angeboten, die die vor Ort produzierten Güter nicht wettbewerbsfähig erscheinen lassen. Deshalb versuchen beispielsweise die USA unter Präsident Trump, der eigenen Autoindustrie durch Zölle – also die künstliche Verteuerung von Importwaren – Überlebenschancen einzurichten.

An dritter Stelle führt der Übergang von der Industrie- zur Digitalwirtschaft zu einem Paradigmenwechsel in den sogenannten »Industrielländern« – Daten statt Stahl, Chips statt Motoren, Software statt Fließband.

Und an vierter Stelle muss das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich genannt werden. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede haben in den westlichen Demokratien ein Ausmaß erreicht, das den sozialen Frieden in diesen Staaten ernsthaft gefährdet. Während ein schrumpfender Teil der Ge-

sellschaft von wirtschaftlichem Wachstum, Kapitalerträgen und technologischen Fortschritten überproportional stark profitiert, sinken die Einkommen großer Bevölkerungsgruppen. Soziale Aufstiegschancen nehmen ab, und finanzielle Unsicherheit gehört für einen Großteil der Menschen zum Alltag.

Diese vier ökonomischen Veränderungen haben auf der Seite der Gesellschaften dieser Staaten erdrutschartige Umschichtungen hervorgerufen – die vormals dominierende Mittelschicht sackt nach unten ab, der soziale Abstieg treibt Menschen in die Armut. Dies hat dazu geführt, dass sich auf der ärmeren Seite der Gesellschaft ein beachtliches Unzufriedenheitspotenzial ausgebildet hat, dessen Umfang sich durch Umfrageergebnisse empirisch belegen lässt. Eine Befragung des *Pew Research Center* aus dem Jahr 2025 in 23 Ländern, darunter viele europäische Länder und die USA, hat ergeben, dass weit mehr als die Hälfte der Befragten damit unzufrieden ist, wie Demokratie im eigenen Land funktioniert.⁵ Diese Unzufriedenheit mündet in ein generelles Misstrauen gegenüber Politik und politischen Akteur:innen. So hat das *CEVIPOF Baromètre de la confiance politique* etwa ermittelt, dass der Anteil der Bürger:innen, die »kein Vertrauen in die Politik« haben, in Frankreich bei 74 Prozent, in Italien bei 61 Prozent, in den Niederlanden bei 57 Prozent und in Deutschland

immer noch bei 53 Prozent liegt.⁶ Und 72 Prozent der US-amerikanischen Bürger:innen sind laut einer *Gallup*-Erhebung aus dem Jahr 2024 ebenfalls unzufrieden damit, wie ihre Demokratie funktioniert.⁷ Die Zahlen spiegeln ein Rekordtief wider – seit dem Zweiten Weltkrieg sind die demokratischen Regierungsformen in den westlichen Staaten noch nie in diesem Umfang von ihren Bürger:innen abgelehnt worden.

Diese Unzufriedenen lehnen jedoch nicht nur die je regierenden politischen Parteien ab, sondern auch jene zivilgesellschaftlichen Organisationen, die bislang erfolgreich ihre Interessen vertreten und ihren sozialen Wohlstand mitgesichert haben. Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände etc. klagen spätestens seit den Anfängen der Nullerjahre über eklatanten Mitgliederschwund; die, die sie mit ihrer Interessenvertretung beauftragt haben, entziehen ihnen das Vertrauen. Damit sind die Interessenvertretungen, die für einen Ausgleich der unterschiedlichen Belange in Staat und Gesellschaft gesorgt haben, bedeutungslos geworden: Das Prinzip der partikularen Demokratie, dass jeweils Gruppen ihre Interessen vertreten, erodiert massiv.

Ein klassisches Beispiel in der Bundesrepublik sind dafür die Gewerkschaften. Als starke Vertreterinnen der Arbeiterschaft haben sie sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dafür eingesetzt, dass die Arbei-

ter:innen einen Lohn erhalten, der ihnen einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht. Auf der politischen Ebene sind diese Interessen traditionell zum Beispiel von der SPD vertreten worden. Weil jedoch der ökonomische Verteilungskampf sich zunehmend zugunsten der kapitalistischen Elite verschoben hat, ist die Macht zahlreicher Interessenvertretungen wie etwa der Gewerkschaften weitaus geringer geworden; die Stimmverluste der SPD bei Wahlen haben sich analog nach unten bewegt und sind zum Beispiel bei Landtagswahlen auf ein Rekordtief gerutscht.

Mit dem Niedergang der jeweiligen Interessenvertretungen und dem der partikularen Demokratien verliert der einzelne Bürger die Unterstützung durch die Gruppe Gleichgesinnter und fällt auf sich selbst zurück: »Wenn sich keiner mehr für mich einsetzt, dann muss ich das selbst tun!« – die Geburtsstunde der *solipsistischen Demokratie*.

Eine besondere Rolle beim Zustandekommen *solipsistischer Demokratien* nehmen dabei die rechtspopulistischen Strömungen in den jeweiligen Staaten ein. Wie Katalysatoren chemische Prozesse ermöglichen und verstärken, so provozieren und bekräftigen Rechtsextreme die Unzufriedenheit der verarmten oder armutsgefährdeten Bevölkerungsteile. Indem sie den regierenden Parteien und den bestehenden Par-

tikularen die Schuld am Niedergang dieser Bevölkerungsgruppe zusprechen – die eigentliche Ursache, nämlich die ökonomischen Veränderungen, wird von diesen Radikalen ganz bewusst ausgeklammert –, erzeugen sie ein Klima der Unsicherheit, Staatsverdrossenheit und Orientierungslosigkeit. Und einmal getäuscht, fallen viele Bürger:innen auf die billigen Parolen dieser Rattenfänger herein und zerstören so einerseits die Grundlage der bislang bestehenden partikularen Demokratie und verstärken andererseits die Zunahme solipsistischer Demokratieformen.

Ein Beispiel dazu. Unsere Krankenversicherungen sind eine Erfindung Bismarcks, sie basieren auf dem simplen Prinzip, dass alle einzahlen, um im Bedarfsfall medizinische Versorgung zu erhalten. Sie stellen eine Art Prototyp eines Partikularen dar, weil sie sich für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzen. In den USA, die sich mit ihrer liberalen politischen Grundausrichtung lange damit schwergetan haben, eine staatlich subventionierte gesetzliche Krankenversicherung für alle Bürger:innen einzuführen (»Obama-Care«), kann man diese Einführung zunächst also als einen großen sozialen Fortschritt ansehen. Wenn Donald Trump Obama-Care nun wieder rückabwickeln lässt, schadet er damit objektiv gerade jener finanziell schwächer aufgestellten Bürgergruppe, die ihn überwiegend unterstützt. Es